

## **Deutschland - offen, modern, sicher**

Die Welt verändert sich. Krisen, Migrationsbewegungen, Terrorakte, autokratische Bestrebungen in einigen Staaten und gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandel verunsichern viele Menschen. Aber es gibt Grund zur Zuversicht. Der Staat erweist sich trotz aller bestehenden Herausforderungen und trotz der vorherrschenden Bedrohungslage als handlungsfähig und leistungsstark.

In den letzten Jahren haben Bund, Länder und Kommunen eine historische Flüchtlingsmigration bewältigt. In kurzer Zeit wurden die erforderlichen rechtlichen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen für eine menschenwürdige Aufnahme und ein effektives Management der Migrationsbewegungen geschaffen.

Seit dem Jahr 2000 konnten in Deutschland zwölf islamistische Anschlagversuche verhindert werden. Dies ist besonders der guten Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden zu verdanken. Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder leisten in Zeiten sich stetig wandelnder Kriminalität hervorragende Arbeit.

Mit diesen Fakten allein erreicht man die Sorgen und Ängste der Menschen nicht. Die Sorgen und Ängste der Menschen sind Ausdruck des Grundbedürfnisses, sicher und in Wohlstand leben zu können. Der richtige Weg ist, der Verunsicherung auf den Grund zu gehen und den Menschen die Sorgen durch gute und nachhaltige Politik zu nehmen. Für große Probleme existieren keine einfachen oder schnellen Lösungen. Krisen- und Untergangsszenarien sind fehl am Platze. Diejenigen, die das abwegige Zerrbild eines im Zerfall befindlichen Staates zeichnen, wollen Ängsten schüren und Probleme überzeichnen. Konstruktive Ideen oder gar Lösungen bieten sie nicht an.

Es ist ein Irrglaube, mit einer Entwicklung zurück zu mehr Nationalstaatlichkeit würden auch die Probleme beseitigt oder grenzüberschreitende Herausforderungen besser gelöst werden. Das Gegenteil ist richtig. In der mobilen und vernetzten Welt

können einzelne Staaten den Herausforderungen von Migration, Kriminalität oder Terrorismus nicht alleine entgegentreten. Unsere Antwort muss daher eine stärkere Zusammenarbeit in Europa sein. In mehr Europa liegt die Lösung, nicht das Problem.

Es gilt die Probleme mit Zuversicht und Realismus anzupacken.

## **1. Innere Sicherheit - Innere Stärke**

Unser Verständnis einer guten Polizei ist das einer klug und effektiv auf die Herausforderungen eingestellten Polizei, die bestmöglich ausgerüstet und personell zukunftsfähig aufgestellt ist. Die Grundlage dafür bilden hohe Ausbildungs- und Einstellungszahlen sowie sachgerechte Finanzausstattung.

Die SPD-geführten Länder haben in den letzten Jahren viel in die Einstellung neuer Polizeibeamtinnen und -beamten investiert. Die Einstellungszahlen sind nun fast überall so hoch wie seit Jahren nicht mehr.

Auch für die Bundespolizei konnte die SPD in den Beratungen zum Bundeshaushalt eine deutliche Erhöhung der Stellen durchsetzen. Bis 2020 ist ein Aufwuchs von 7.020 Stellen geplant. Dies reicht jedoch nicht aus. Deutschland braucht eine personell noch stärker aufgestellte Bundespolizei, damit sie in der Lage ist, ihre eigentlichen Aufgaben umfassend zu erfüllen. Unterstützungseinsätze der Länderpolizeien können dann teilweise entfallen und es werden Kapazitäten z.B. zur Kriminalitätsbekämpfung frei.

Wir wollen unsere Polizistinnen und Polizisten weiterhin bestmöglich aus- und fortbilden sowie ausrüsten. Die Ausstattung der Polizei muss dem technischen Fortschritt schneller folgen. Wir wollen die Möglichkeiten mobilen Arbeitens und die damit verbundenen Arbeitserleichterungen für die Polizei schneller vorantreiben. Wir werden die Polizei für zunehmend digitale Ermittlungsansätze ausstatten und die erleichterte Kommunikation mit Geschädigten, Zeugen und anderen Beteiligten verstärken. Die Möglichkeiten computergestützter intelligenter Ermittlungen und

Ermittlungsunterstützung wollen wir weiter ausbauen und flächendeckend einsetzen sowie neue Technologien erforschen und erproben.

Der lauter werdende Ruf nach einer hart durchgreifenden Polizei führt im Ergebnis zu einem Misstrauen zwischen Gesellschaft und Polizei. Diese Entwicklung ist in erschreckender Weise in anderen Ländern zu beobachten. Eine offene, der Gesellschaft zugewandte Polizei ist wichtig für das gesellschaftliche Klima. Deeskalation steht dabei nicht für polizeiliche Schwäche, sondern für eine agierende statt reagierende Polizei sowie für den intelligenten Einsatz polizeilicher Stärke. Deeskalation steht dabei nicht als Gegenteil von Konsequenz. Wir wollen Konsequenz gegenüber Kriminalität und Augenmaß bei der Wahl der Mittel.

Polizistinnen und Polizisten genießen zu Recht hohes Ansehen in der Gesellschaft. Dennoch erleben viele Beamtinnen und Beamte Angriffe und Respektlosigkeit. Mit der Einigung auf eine Änderung der §§ 113 ff. StGB für einen besseren strafrechtlichen Schutz von Einsatzkräften vor tätlichen Angriffen haben wir einen ersten richtigen Schritt getan. Es bedarf jedoch mehr Anstrengung als allein einer Gesetzesänderung. Deshalb investieren wir in gute Ausbildung, Fortbildung und gute Ausstattung für Polizistinnen und Polizisten. Wichtig ist auch eine Kultur des Respekts gegenüber Einsatzkräften. Wir sprechen uns daher für eine bundesweite Imagekampagne aus, um das gesellschaftliche Klima und die Anerkennung von Polizeivollzugsbeamtinnen- und beamten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Feuerwehr sowie weiterer Rettungskräfte zu verbessern. Als Dienstherrn fühlen wir uns für gute Betreuung und Fürsorge von Opfern von Gewalt gegen Einsatzkräfte verantwortlich. Die Übernahme titulierter Schmerzensgeld- und Schadensersatzansprüche durch den Dienstherrn gehört zu den Maßnahmen dazu.

Wir wollen die überholte rechtliche Trennung von Telekommunikations- und Telemediendiensten beim Zugriff auf Kommunikationsinhalte überwinden und uns dabei streng an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes orientieren. Ebenso wollen wir den Zugriff auf Kommunikation vor deren Verschlüsselung zur Strafverfolgung und Gefahrenabwehr ermöglichen („Quellen-TKÜ“). Für die „Online-Welt“ dürfen keine anderen Gesetze gelten als in der „Offline-Welt“; hier gilt es die Hausaufgaben des Gesetzgebers sorgfältig zu erledigen, um mit den technischen

Anwendungen Schritt zu halten. Das simple Umschwenken von der Nutzung des SMS-Dienstes auf eine internetbasierte Anwendung wie WhatsApp oder Skype darf für die Aufgabenwahrnehmung von Polizei und Staatsanwaltschaften keine Rolle spielen.

Darüber hinaus wollen wir eine rechtliche Klarstellung zur Möglichkeit von Durchsuchung und Beschlagnahme von in der Cloud gespeicherten Daten, bei denen der physikalische Speicherort unbekannt ist oder im Ausland liegt.

Den Verfassungsschutzbehörden der Länder wollen wir die Möglichkeit zum Abruf von Daten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen gewähren (§ 24c Kreditwesengesetz).

Die Sicherheitsbehörden benötigen geeignete Werkzeuge und qualifiziertes Personal, um frühzeitig in sozialen Netzwerken und anderen frei zugänglichen Quellen im Internet abzeichnenden Radikalisierungen von Einzelpersonen und Gruppen zu begegnen. Erforderlich ist vor allem eine zielgerichtete und systematische Analyse und Auswertung. Hierzu bedarf es eines zentralen Ansatzes. Ein entsprechendes System sollte vom Bundesamt für Verfassungsschutz entwickelt werden und auch den Verfassungsschutzbehörden der Länder zur Verfügung stehen. Mit dem System sollen Entwicklungstendenzen im Extremismus, Gefährdungslagen zu Großereignissen und Radikalisierungen von Einzelpersonen früh erkannt werden.

Wir wollen weiter die Zuverlässigkeitsprüfung im deutschen Waffenrecht verbessern. Extremisten dürfen keine waffenrechtliche Erlaubnis bekommen. Wir sprechen uns daher für eine obligatorische Regelabfrage bei den Verfassungsschutzbehörden vor Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis und eine Nachberichtspflicht aus. Ebenso muss eine gesetzliche Regelvermutung der Unzuverlässigkeit beim Verfolgen verfassungsfeindlicher Bestrebungen eingeführt werden. Danach unzuverlässigen Waffenbesitzern müssen erteilte Bescheinigungen konsequent entzogen werden. Es ist absurd, erst die waffenrechtliche Erlaubnis zu erteilen, diese im nationalen Waffenregister einzutragen, dann über einen Abgleich der Verfassungsschutzbehörden festzustellen, dass über den Betreffenden Erkenntnisse

vorliegen, um dann eine erteilte Erlaubnis widerrufen bzw. zurücknehmen zu müssen.

## **2. Prävention - Straftaten verhindern, Menschen nicht zu Opfern werden lassen**

Unsere Politik ist geprägt von einem Dreiklang aus Prävention, Repression und Zusammenhalt. Wir wollen Straftaten nicht nur bekämpfen, sondern möglichst verhindern, damit Menschen gar nicht erst zu Opfern werden. Der Aspekt der Prävention ist daher in vielen Bereichen der Inneren Sicherheit von großer Bedeutung.

In den SPD-regierten Ländern gibt es bereits viele wirksame Präventionsprogramme und -ansätze. Es bedarf jedoch bundesweiter Präventionsstrategien. Nicht nur bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität, Einbruchskriminalität **oder Cybercrime** sondern auch und gerade im Kampf gegen Extremismus und Terrorismus.

Prävention ist dabei umfassend zu verstehen. Perspektivlosigkeit ist der Nährboden für Radikalisierung jeglicher Art. Soziale Spaltung, fehlende soziale Mobilität und ein gebrochenes Aufstiegsversprechen produzieren Verlierer, die auf der Suche nach Anerkennung und Geltung sind. Radikalisierungsprozesse sind häufig in benachteiligten und strukturschwachen Stadtteilen, Vorstädten oder einigen ländlichen Regionen erkennbar. Die Gefahr von Parallelgesellschaften in einigen Städten unterstreichen die sicherheitspolitische Notwendigkeit einer sozialen Wohnungspolitik und von Integrationsanstrengungen. Die Verhinderung von Ghettobildungen durch eine soziale Städtebaupolitik ist gelebte Prävention und trägt erheblich zur inneren Sicherheit bei.

Es gilt die innere Stabilität unserer Gesellschaft zu stärken, damit sie sich auch durch eine wachsende Bedrohungslage nicht aus dem Gleichgewicht bringen lässt. Lebendige und lebenswerte Städte und Gemeinden, gute Beschäftigung sichern, Kultur fördern, soziale Sicherheit gewährleisten, in Bildung investieren: All das ist

ebenso so wichtig wie die notwendigen polizeilichen Ressourcen und rechtlichen Möglichkeiten im Bereich der inneren Sicherheit.

### **3. Humane Zuwanderungspolitik, die klaren Regeln folgt**

Nachdem sich der Zugang von Flüchtlingen stark reduziert hat, ist es Zeit, eine kohärente Zuwanderungspolitik umzusetzen.

Hierzu gehören zuallererst sichere europäische Außengrenzen. Wir müssen selbstkritisch zugestehen, dass auch Deutschland in der Vergangenheit die Belastung der europäischen Grenzstaaten nicht ausreichend im Blick hatte. Wir dürfen diese Staaten mit der Bewältigung dieser Herausforderung nicht alleine lassen. Es bedarf einer gemeinsamen europäischen Kraftanstrengung. Die Verstärkung von Frontex kann dabei nur ein erster Schritt sein.

Auch die Bekämpfung der Fluchtursachen ist weiterhin richtig und wichtig. Ein stärkeres Engagement der Weltgemeinschaft zur Konfliktlösung ist dabei nur ein Aspekt. Deutschland sollte sich auch seiner Selbstverpflichtung stellen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe zu investieren und dabei auch die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Blick zu nehmen.

Eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa sowie geordnete und humane Zugangswege nach Europa müssen ebenfalls Ziel bleiben.

Ohne Einwanderungsgesetz werden auch zukünftig Menschen in das Asylverfahren gezwungen, denen kein anderer Weg nach Europa und Deutschland eröffnet ist. Die Jahre alte Erkenntnis, dass ein Einwanderungsgesetz notwendig ist, muss endlich in die Tat umgesetzt werden.

Insbesondere die Länder und die Kommunen haben mit der Hilfe von zahllosen Engagierten in 2015 und 2016 die große Herausforderung bewältigt 1,2 Millionen Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, unterzubringen und zu versorgen. In den kommenden Monaten und Jahren wird die Herausforderung darin bestehen, die Menschen, die in Deutschland eine Bleibeperspektive haben, schnell und gut zu integrieren und diejenigen, die nicht werden bleiben können, schnell zurück zu führen.

Dafür ist es essentiell, dass die Entscheidung darüber, ob jemand bleiben kann oder nicht, schnell getroffen wird. Nach unserer Vorstellung sollen die Asylverfahren innerhalb von drei Monaten abgeschlossen sein. Das ist wichtig für effiziente Verfahren, aber auch ein Gebot der Fairness. Die Menschen müssen schnell wissen, ob sie bleiben können oder nicht.

Wir sind der festen Überzeugung, dass Integration und Teilhabe der Schlüssel für ein friedliches Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund ist. Diese Integration muss schnellstmöglich für die Menschen beginnen, die zeitweise oder auch für immer ihre neue Heimat in Deutschland finden. Wir sind davon überzeugt, dass Menschen nur dann Teil unserer Gesellschaft werden können, wenn wir ihnen unsere Sprache beibringen, sie in unseren Arbeitsmarkt integrieren und sie auch sonst in unsere Mitte aufnehmen. Wir vertreten die klare und unmissverständliche Auffassung, dass eine gelungene Integration immer einhergehen muss mit der Akzeptanz unserer grundlegenden Wertvorstellungen, unserer Verfassung und des für alle verbindlichen Rechtssystems. Die Grundwerte unserer Gesellschaft, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Rechte von Minderheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Trennung von Kirche und Staat sind für uns nicht verhandelbar. Wer zu uns kommt, um Schutz zu suchen, wird ihn nur unter dem Dach unserer Verfassung finden.

Wir sind davon überzeugt, dass Menschen, die in Deutschland keine Bleibeperspektive haben, das Land schnell verlassen müssen. Es ist den Menschen gegenüber nicht fair, wenn sie in der Hoffnung gelassen werden, sie könnten in Deutschland eine Zukunft finden. Es ist auch nicht sinnvoll, wenn Integrationsprozesse beginnen, Kinder Kindergärten oder Schulen besuchen, Freundschaften entstehen - und dann abgeschoben werden. Freiwillige Rückkehr ist dabei für uns vorrangig und sie gilt es zu unterstützen. Sie ist die beste Lösung für alle Beteiligten - sie ist humaner, effektiver und kostengünstiger. Diejenigen, die nicht freiwillig zurückkehren, müssen unter Beachtung humanitärer Grundsätze konsequent abgeschoben werden.

Wir dürfen es uns beim Thema Abschiebung nicht leicht machen. Wir dürfen nicht diejenigen belohnen, die ihre Identität verschleiern oder sich der Abschiebung widersetzen. Straftätern, Gefährdern und Integrationsverweigerern gegenüber senden wir die klare Botschaft, dass der Staat handlungsfähig ist und sie unser Land verlassen müssen. Dazu bietet die aktuelle Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu § 58a AufenthG eine gute Grundlage, die sich daraus ergebenden verbesserten Rückführungsmöglichkeiten werden wir offensiv nutzen. Wir begrüßen, dass der Bund bei der Rückführung Ausreisepflichtiger Verantwortung übernehmen will. Ein Anfang wären bessere und praktikable Rückführungsabkommen. Der Bund hat diese zu verhandeln und dafür Sorge zu tragen, dass sie auch funktionieren. Dabei ist eine Möglichkeit, den jeweiligen Herkunftsstaaten Gegenleistungen für die Rücknahme ihrer Staatsangehörigen zu gewähren, eine andere die Kürzung von Wirtschafts- und Entwicklungshilfen.

Der Einrichtung von Bundesausreisezentren stehen wir grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. In einem ersten Schritt sollte der Bund die Dublin-Verfahren bis hin zum Vollzug der Rücküberstellungen vollständig in eigener Zuständigkeit übernehmen. Die konkrete Ausgestaltung dieser Ausreisezentren ist bisher jedoch völlig unklar. Der Bundesinnenminister muss hier ein überzeugendes und sich in die bestehenden Strukturen einfügendes Konzept präsentieren und darf es nicht bei vagen Ankündigungen belassen.

Für Menschen, die bereits seit Jahren in Deutschland leben und bei denen die Integration bereits begonnen hat, haben wir im Jahr 2015 Wege in einen dauerhaften Aufenthalt eröffnet. Diese müssen konsequenter genutzt werden.

#### **4. Europa ist Teil der Lösung, nicht Teil des Problems**

Wir sind von der europäischen Idee eines gemeinsamen Raums der Freiheit, Sicherheit und des Rechts fest überzeugt. Wir streiten für ein Europa offener Grenzen, aber auch für ein Europa, das solidarisch miteinander umgeht.



Damit offene Grenzen nicht auch Straftäter begünstigen, muss Europa zu einer „Sicherheitsunion“ ausgebaut werden. Hierfür müssen die Sicherheits- und Justizbehörden in Europa enger vernetzt werden, um jederzeit einen effektiven, EU-weiten Informationsaustausch zu gewährleisten. Die Vernetzung muss schneller sein und es braucht eigene europäische Kompetenzen für europäische Behörden. Grenzüberschreitender Kriminalität muss auch grenzüberschreitend entgegen getreten werden. Ein Ansatz kann dabei die Weiterentwicklung von Europol zu einer integrierten Polizeibehörde mit eigenen operativen Kompetenzen im Sinne eines „europäischen FBI“ sein.

Zudem unterstützen wir ausdrücklich ein gut eingerichtetes, schnell funktionierendes Datennetzwerk aller EU-Mitgliedstaaten als Basis für ein sicheres Grenzregime an den Schengenausgrenzen. Dazu gehört u.a. die Implementierung einer Ein- und Ausreisestrategie für Angehörige aus Drittstaaten, der Abgleich biometrischer Daten zur Verhinderung von Dokumenten- und Identitätsbetrug sowie die Einführung eines Vorprüfverfahrens für Touristen aus Drittstaaten.

Wir müssen angesichts der aktuellen Bedrohungen zügig vorankommen, um unsere Bevölkerung wirksam zu schützen. Deshalb ist zunächst auch eine Zusammenarbeit einzelner Staaten denkbar. Eine europäische Sicherheitskonferenz mit denjenigen Staaten, die eine stärkere Integration in Sachen innerer Sicherheit wollen, kann dafür das passende Forum sein. Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten kann auch im Bereich der inneren Sicherheit sinnvoll sein, wenn eine stärkere Integration der Sicherheitspolitik der gesamten EU zunächst an einigen nationalen Interessen scheitert.